

Genozid in Sudan: Wie kam es zu dieser Krise?

Die USA erklären erneut Genozid in Sudan. Dieser Artikel beleuchtet die Hintergründe des Konflikts zwischen RSF und SAF und die humanitäre Krise, die Millionen betrifft. Jetzt lesen!

Diese Woche beschuldigten die Vereinigten Staaten die RSF-Miliz im brutalen Bürgerkrieg im Sudan, Völkermord begangen zu haben. Es ist das zweite Mal in zwei Jahrzehnten, dass in dem nordostafrikanischen Land der Völkermord erklärt wurde, wo Tausende gestorben sind und Millionen von Menschen unter einer humanitären Krise leiden.

Der Weg in die Krise

Seit 20 Monaten kämpfen zwei der mächtigsten Generäle Sudans – Abdel Fattah al-Burhan, der Anführer der Sudanischen Streitkräfte (SAF), und Mohamed Hamdan Dagalo, auch bekannt als Hemedti, der die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) anführt – brutal um Territorium in einem Land, das immer noch unter dem Massaker von Zehntausenden Menschen in den frühen 2000er Jahren leidet und in dem Millionen vertrieben wurden.

Die beiden Männer, einst Verbündete, haben gemeinsam **Präsident Omar al-Bashir im Jahr 2019 aus dem Amt gejagt**. Zusammen trugen sie auch zur **zweiten Machtübernahme im Jahr 2021** bei, als al-Burhan die Kontrolle von der Übergangsregierung übernahm. Heute ist der Sudan von Konflikten zerrissen, wobei die RSF als Herrscher

über große Teile der westlichen und zentralen Regionen des Landes, einschließlich Darfur und Teilen der Hauptstadt Khartum, gilt.

Die humanitäre Katastrophe

Über 11 Millionen Menschen sind seit Beginn der Kämpfe im April 2023 intern vertrieben worden, so die Vereinten Nationen, während Millionen weitere aus dem Sudan geflohen sind. Hunger ist weit verbreitet und in mehreren Gebieten des Landes wurden bereits Hungersnotbedingungen festgestellt, warnen die UN.

Verantwortung für die Gräueltaten

US-Außenminister Antony Blinken erklärte, dass die RSF und ihre arabischen Milizen „direkte Angriffe auf Zivilisten“ verübt hätten, einschließlich der systematischen Ermordung von „Männern und Jungen – sogar von Säuglingen – auf ethnischer Basis.“ Außerdem hätten sie „bewusst Frauen und Mädchen aus bestimmten ethnischen Gruppen zur Vergewaltigung und anderen Formen brutaler sexueller Gewalt ins Visier genommen“, fügte Blinken hinzu. „Die gleiche Gruppe hat die fliehenden Zivilisten angegriffen und unschuldige Menschen, die dem Konflikt entkommen wollten, ermordet und den verbleibenden Zivilisten den Zugang zu lebensrettenden Hilfsgütern verweigert.“

„Aufgrund dieser Informationen bin ich zu dem Schluss gekommen, dass Mitglieder der RSF und verbündete Milizen im Sudan Völkermord begangen haben“, so Blinken.

Die RSF wies die US-Entscheidung als „unrechtmäßig“ zurück und erklärte in einer Mitteilung auf ihrem Telegram-Kanal, dass die Behauptung des Außenministeriums, die RSF habe im Sudan Völkermord begangen, ungenau sei. „Die Entscheidung spezifiziert nicht die Gruppe, gegen die der angebliche Völkermord begangen wurde, oder den Ort des Völkermords ... Die Entscheidung verweist vage auf das sudanesisches Volk, zu dem die Kämpfer und Unterstützer der RSF einen integralen

Bestandteil bilden“, heißt es in der RSF-Erklärung.

Geschichte und gegenwärtige Gewalt

Der RSF wird eine Geschichte von ethnisch motivierter Gewalt nachgesagt. Die paramilitärische Gruppe entstand aus der arabischen Janjaweed-Miliz, die für den Völkermord in den frühen 2000er Jahren verantwortlich war, bei dem schätzungsweise 300.000 Menschen starben. Seit dem Ausbruch der Kämpfe im April 2023 zwischen der RSF und der SAF haben sich ethnisch motivierte Tötungen insbesondere in der westlichen Region Darfur verstärkt, was dem Muster der gezielten Tötungen ähnelt, das den ersten Völkermord prägte.

Im Westdarfur ereigneten sich 2023 einige der schlimmsten ethnisch bedingten Tötungen, als Hunderte von Menschen aus nicht-arabischen ethnischen Gruppen von der RSF und ihr verbundenen Kräften **massakriert** wurden. Am Dienstag verhängten die USA Sanktionen gegen ihren Führer Hemedti, „für seine Rolle bei systematischen Gräueltaten gegen das sudanesisches Volk“ und sanktionierten sieben mit der RSF verbundenen Unternehmen sowie eine Einzelperson „für ihre Rolle bei der Beschaffung von Waffen für die RSF“.

Die Rolle der Konfliktparteien

Im September vergangenen Jahres beschuldigte eine **UN-Untersuchungsmission** sowohl die SAF als auch die RSF der Komplizenschaft in Kriegsverbrechen. In seiner Erklärung warf Blinken beiden Seiten die Verantwortung für die Gräueltaten vor. „Die Vereinigten Staaten unterstützen keine der beiden Seiten in diesem Krieg, und diese Maßnahmen gegen Hemedti und die RSF bedeuten nicht, dass wir die SAF unterstützen oder begünstigen“, sagte er. „Beide Konfliktparteien tragen die Verantwortung für die Gewalt und das Leid im Sudan und haben nicht die Legitimität, ein zukünftiges friedliches Sudan zu regieren.“

Die humanitäre Krise und ihre Folgen

Epidemien und Hungernot sind im Sudan allgegenwärtig geworden. Vor dem tödlichen Machtkampf zwischen der SAF und der RSF war der Sudan bereits eines der ärmsten Länder der Welt, da jahrzehntelange Konflikte das wirtschaftliche Wachstum behinderten. Der bestehende Krieg hat mehr als 11 Millionen Menschen im Sudan vertrieben, während etwa 3,2 Millionen weitere in Nachbarländer geflohen sind, so UN-Zahlen. Viele derjenigen, die nicht fliehen konnten, leben im Zanzam-Camp in Darfur, wo letzten Monat Hungersnot ausgerufen wurde.

Hunger in Darfur hat manche gezwungen, „Gras und Erdnussschalen“ zu essen, um zu überleben, wie der damalige regionale Direktor des WFP für Ostafrika, Michael Dunford, im letzten Jahr berichtete, während die UN warnt, dass etwa 26 Millionen Sudanesen unter akutem Hunger leiden. Die Lebensmittelhilfe für Darfur **wurde letzten August wieder aufgenommen**, nachdem eine wichtige Grenzübergang von den Behörden wieder geöffnet wurde, um Hilfsgüter in den Sudan zu bringen. Doch in Teilen Darfurs werden Hilfsorganisationen weiterhin durch Einschränkungen behindert, und die Hungersnot breitet sich auf zusätzlich Gebiete aus.

Internationale Reaktionen

Der Konflikt im Sudan wurde größtenteils von den Konflikten in anderen Teilen der Welt, wie in der Ukraine und Gaza, überschattet, wie die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Kristalina Georgieva, im vergangenen Jahr feststellte. Dennoch haben die kämpfenden Parteien in dem afrikanischen Land auch **globale Bemühungen zum Frieden ignoriert**. Letzten Monat erklärte Blinken dem UN-Sicherheitsrat, dass ausländische Akteure den Krieg im Sudan anheizen, nannte aber keine Namen.

„An die ausländischen Unterstützer, die Drohnen, Raketen und Söldner schicken – genug! An diejenigen, die vom illegalen Öl-

und Goldhandel profitieren, der diesen Konflikt finanziert – genug!“, sagte er. Die militärische Regierung Sudans hat häufig die Vereinigten Arabischen Emirate beschuldigt, die RSF zu bewaffnen, was die Golfnation jedoch bestreitet. Die sieben von den USA am Dienstag sanktionierten RSF-nahen Unternehmen haben ihren Sitz alle in den VAE.

Die Zukunft und die Hoffnung auf Frieden

Der sudanesischer Anwalt Mutasim Ali erklärte gegenüber CNN, dass die US-Einstufung des Völkermords im Sudan „schon längst überfällig“ sei und früher hätte erfolgen sollen. Dennoch sei es „eine Form von Gerechtigkeit, weil sie die Beschwerden der Opfer anerkennt“. Er fügte hinzu: „Es ist ein Schritt in Richtung Frieden und Verantwortlichkeit, indem es den Weg ebnet, die Akteure zur Verantwortung zu ziehen, nicht nur die Täter selbst, sondern auch die Akteure, die am Völkermord mitgewirkt haben.“

Für die Aktivistin Al-Karib könnten die US-Sanktionen gegen Hemedti und die Erklärung des Völkermords entscheidend sein, um nicht nur seine Miliz in Schach zu halten, sondern auch die Unterstützung zu verringern, die er von ausländischen Akteuren erhält. „Wir denken nicht, dass das Ausmaß dieser Gräueltaten im Sudan und in Darfur so groß gewesen wäre, wenn nicht die Unterstützung der VAE für die RSF gewesen wäre“, sagte sie. „Wir hoffen, dass die US-Entscheidung, Hemedti zu sanktionieren, eine starke Botschaft an die VAE sendet, ihre Position zu überdenken und einen ernsthaften politischen Prozess zu beginnen, um diese Gräueltaten und völkermörderischen Handlungen im ganzen Land zu beenden.“

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at